



Presseerklärung

19.06.2009

Joachim Unterländer mahnt Verbesserung der Organspendesituation an: Öffentlichkeitsarbeit zielgenauer ausgestalten und Koordination in den Kliniken optimieren

„Täglich sterben 3 dringend transplantationsbedürftige Menschen, da es kein Spenderorgan gibt. Angesichts dieses Notstandes müssen die Organisation der Organspende in den Kliniken und die Öffentlichkeitsarbeit zur Organspende dringend weiterentwickelt werden. Vor allem junge Menschen, das Personal in den Kliniken und Pflegekräfte müssen vermehrt in den Blick genommen werden. Außerdem sollte standardmäßig auch jeder Führerscheinneuling über das Thema Organspende aufgeklärt werden“, resümierten Joachim Unterländer, Vorsitzender des Arbeitskreises für Soziales, Familie und Arbeit der CSU-Landtagsfraktion, Dr. Thomas Zimmermann, gesundheitspolitischer Sprecher, Christa Stewens, ehemalige bayerische Sozial- und Gesundheitsministerin, und Bernhard Seidenath, Sprecher der Fraktion für bioethische Fragen, im Anschluss an ein Fachgespräch des gesundheitspolitischen und des sozialpolitischen Arbeitskreises der CSU-Landtagsfraktion.

Gemeinsam mit Experten aus der Praxis haben die Abgeordneten über Maßnahmen zur Verbesserung der Organspendesituation beraten. Unterländer: „Es ist wichtig, Menschen ihre Angst durch Aufklärungsarbeit zu nehmen. So müssen Schulen, Fahrschulen und Apotheken in die Informationsarbeit und Verteilung von Organspendeausweisen besser eingebunden werden.“ Daneben müsse auch das Potenzial der Lebendspende durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen besser als bisher ausgeschöpft werden.

Nur 17 Prozent der Deutschen besitzen aktuell einen Organspendeausweis, während Umfragen zufolge ein Drittel der Bevölkerung grundsätzlich mit einer Organentnahme nach dem Tod einverstanden wäre. Die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO), bundesweite Koordinierungsstelle für die postmortale Organspende, hat außerdem festgestellt, dass nur die Hälfte der etwa 1.400 deutschen Krankenhäuser mit Intensivstationen potenzielle Spender melden würden, obwohl dies durch das Transplantationsgesetz vorgeschrieben ist.

„Dringend notwendig – und noch vorrangig vor der eventuellen Änderung gesetzlicher Regelungen – ist die Verbesserung der Organisation in den Kliniken. Die dort tätigen Transplantationsbeauftragten müssen, bei entsprechender Vergütung, zu Koordinatoren aufgewertet werden“, betonte Dr. Zimmermann. Christa Stewens, ehemalige bayerische Sozial- und Gesundheitsministerin, verwies auf die Problematik der Arbeitsverdichtung und Personalknappheit in den Kliniken, vor allem auf den Intensivstationen, und fügte hinzu: „Die

Organspende darf für die Krankenhäuser nicht zum Verlustgeschäft werden, der entsprechende Aufwand muss angemessen erstattet werden.“

„Wesentliches Augenmerk müssen wir auch auf den sehr sensiblen Erstkontakt mit den Angehörigen richten. Ist hier genügend Zeit vorhanden, um die bestehenden Ängste aufzugreifen, kann die Zustimmung zur Organspende entscheidend angehoben werden“, erläuterte Seidenath. Dies setze jedoch voraus, dass in den Kliniken genügend entsprechend ausgebildetes Personal vorhanden sei. Außerdem sei es wichtig, den Dialog mit den Kirchen zu vertiefen, um die ethische Dimension der Organspende stärker in den Vordergrund zu rücken.

Die Fachpolitiker der CSU-Landtagsfraktion kündigten an, auch die Erkenntnisse aus dem Erfahrungsbericht zum 10-jährigen Bestehen des Transplantationsgesetzes auf Bundesebene zum Ausgangspunkt für die im Landtag anstehenden Beratungen zur Änderung des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Transplantationsgesetz zu machen.

*Verantwortlich:
Joachim Unterländer*